

Wo werden die Milliarden für Banken und EU-Länder wieder eingespart?

Spekulationen gegen den Sozialstaat

Die Auswirkungen weltweiter Spekulationen bekommen die Menschen in Deutschland immer stärker zu spüren. Immer wieder werden Rettungspakete in Höhe von mehreren Milliarden Euro geschnürt. Doch woher kommen die zusätzlichen Steuergelder, mit denen Banken, Währungen und ganzen Ländern geholfen werden soll? Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte, sie wolle sich für die Einführung einer Finanzmarktsteuer einsetzen, wie sie auch der SoVD seit Langem fordert. Zur Haushaltssanierung müsse zusätzlich aber auch gespart werden. Es ist absurd, während Banken Spekulationsgewinne einfahren, diskutieren Politiker in Deutschland darüber, in welchem Rahmen eine Förderung von Schulkindern noch möglich sein wird. Die Forderung des SoVD ist dagegen eindeutig: Nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Versacher der Krise müssen vorrangig für die Bewältigung der Folgen in die Pflicht genommen werden.



Foto: Losevsky/fotolia, Dedert/dpa

Seit fast zwei Jahren bestimmt die Finanzkrise den politischen Alltag. Nach einzelnen Unternehmen und Banken wird inzwischen sogar über die Rettung ganzer Volkswirtschaften und die Stabilität der europäischen Einheitswährung diskutiert. Nachdem hierfür immer wieder unvorstellbare Mengen an Geld bereit gestellt wurden, stellt sich die Frage, wie diese Kosten gerecht verteilt werden können. Denn obwohl seit Beginn der weltweiten Krise vor fast zwei Jahren immer wieder über eine Regulierung der Finanzmärkte diskutiert wird, ist bisher so gut wie nichts passiert. Mittlerweile wird an den Börsen wieder in einem Ausmaß spekuliert als hätte es nie eine Krise gegeben. Im Kontrast hierzu sah sich die Bundesregierung gezwungen, einen Schutzschirm für den Euro auf den Weg zu bringen, der den Steuerzahler bis zu 148 Milliarden Euro kosten wird. Vor diesem Hintergrund kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, sich neben einer stärkeren Kontrolle der Akteure auch für

Kaum ein Normalbürger kann das Ausmaß nachvollziehen, in dem mittlerweile am internationalen Finanzmarkt gegen Länder und Währungen spekuliert wird. Immer wieder stellen Regierungen in sogenannten Rettungspaketen Milliardensummen bereit. Dieses Geld muss an anderer Stelle wieder eingespart werden. Nach Überzeugung des SoVD darf dies jedoch nicht zulasten künftiger Generationen gehen.

die Einführung einer Finanzmarktsteuer einsetzen zu wollen.

„Es geht um Gerechtigkeit“

In der Eurokrise, so Merkel in einer Rede vor den Abgeordneten, hätten die Finanzmärkte „als Brandbeschleuniger“ gewirkt. Daher sei es den Bürgern nicht zu vermitteln, dass diese nun mit Steuergeldern für die Verluste von Zockern gerade stehen müssten. Für eine entsprechende Beteiligung der Banken wolle Merkel daher auf einem Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, den G20-Staaten, Ende Juni werben. Die Chancen für eine internationale Einigung stehen jedoch schlecht, da unter anderem Kanada bereits Ablehnung signalisiert hat. Doch wie geht es dann weiter? Eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, so hat die Bun-

desregierung bereits erklärt, könne es jedenfalls nicht auf nationaler Ebene geben. Wie ernst ist es Merkel also, wenn sie sagt, es gehe nicht „um technische Details, sondern um Gerechtigkeit“?

Will man die Frage nach Gerechtigkeit ernsthaft beantworten, muss man auch aufrichtig bei der Suche nach den Schuldigen sein. Spekulanten bzw. Fonds-Manager dienen dabei gerade den politisch Verantwortlichen als ein willkommenes Feindbild, um von der eigenen Untätigkeit abzulenken. Eindeutige Worte in diese Richtung fand Bundespräsident Horst Köhler, der lange Zeit auch Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) war: „Dass auf einseitige Gewinnmaximierung gepolte Finanzakteure jetzt das Wohl und Wehe ganzer Völker bestimmen, liegt eindeutig auch und sogar zuerst

an politischen Versäumnissen.“

Ein Freispruch wegen erwiesener Unschuld ist dies für Zocker und Spekulanten dennoch nicht. Die Vorstellung, dass sogenannte Hedge-Fonds alleine in der Lage wären, eine Währung wie den Euro zu Fall zu bringen, bezeichnen Finanzexperten jedoch als absurd. Hierfür müssten gigantische Summen bewegt werden, was in jedem Fall das Misstrauen der Aufsichtsbehörden und der Zentralbanken wecken würde. Viel entscheidender für die große Unsicherheit der letzten Wochen dürfte die Uneinigkeit der einzelnen europäischen Regierungen gewesen sein. Auch Deutschland hat durch seine späte Entscheidung für eine Rettung Griechenlands wenig dazu beigetragen, das angeknackste Vertrauen wiederherzustellen.

Fortsetzung auf Seite 2

Heute jung, morgen arm?

Erhöhtes Altersarmutsrisiko für junge Menschen

Seite 3



Voneinander lernen statt voneinander trennen

SoVD-Fachtagung zur inklusiven Bildung mit hervorragender Resonanz

Seite 5

Reha-Patienten sind gegen Unfälle versichert

SoVD-Erfolg vor dem Bundessozialgericht

Seite 4



Harte Nuss Härtefallregelung

Hartz-IV-Härtefälle bedürfen konkreter Einzelfallprüfung

Seite 3



Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz:

Unfall-Vorsorge*

- Aufnahme bis 80 Jahre
 - Keine Gesundheitsfragen
 - Invaliditätsleistung bereits ab 1 %
 - Lebenslange Unfall-Rente
 - Sofortleistung bei Oberschenkelhalsbruch
 - Krankenhaus-Tagegeld im In- u. Ausland
- mit Notfall-Plus Premium**
- 1.500,- Euro Sofortleistung bei Krankenhausaufenthalt ab 6 Tagen
 - Umfangreiche Hilfe- und Pflegeleistungen
 - Umzugs- oder Haus-Umbau-Kosten
 - Mobilitätsservice mit prakt. Fahrdiensten

*Auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse? Telefon: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

Organisation für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG MANNHEIMER

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Blickpunkt

Immer mehr Menschen in Deutschland sind arm, obwohl sie arbeiten. Weil der Lohn, den sie erhalten, nicht ausreicht, um über die Runden zu kommen, sind sie auf staatliche Hilfe angewiesen. Im vergangenen Jahr waren es durchschnittlich rund 1,3 Millionen Beschäftigte, die ergänzend Hartz-IV-Leistungen erhielten. Das geht aus aktuellen Berichten hervor, die sich auf Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit berufen. Am Phänomen der sogenannten Aufstocker zeigt sich die Absurdität

der Sichtweise einiger politischer Vertreter und Ökonomen. Diese führen das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit auf die vermeintliche Arbeitsunlust von Erwerbslosen zurück und fordern als „Anreiz“ eine Senkung der Hartz-IV-Sätze. Dass sich jedoch so viele Erwerbstätige (und Rentner!) trotz ihrer Arbeit bzw. Rente einen zusätzlichen Job suchen müssen, macht deutlich: Nicht die staatlichen Hilfeleistungen sind zu hoch – die Gehälter sind zu niedrig! Wer ohnehin schon wenig Lohn

bezieht, wird schnell zum Sozialfall. Einen wesentlichen Beitrag zur Hilfe könnte der vom SoVD seit langem geforderte Mindestlohn leisten. Ein gesetzlich verankertes Mindesteinkommen würde einen adäquaten Abstand zwischen Sozialleistungen und Löhnen gewährleisten und stünde nicht im Widerspruch zu menschenwürdigen Hartz-IV-Leistungen. Dem Staat blieben hingegen erhebliche Kosten für das Aufstocken erspart.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident